



Ratsfraktion der FWI, Postfach 1013306, 44543 Castrop-Rauxel

An den Bürgermeister
der Stadt Castrop-Rauxel
Herrn Johannes Beisenherz
Europaplatz 1

44575 Castrop-Rauxel

Castrop-Rauxel, den 10.07.2008

Antrag der FWI-Fraktion: B 474n

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitten wir, in der kommenden Ratssitzung am 11.09.2008 folgenden Antrag behandeln und abstimmen zu lassen:

Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich und mit Nachdruck alle Maßnahmen zu ergreifen, um den geplanten Bau der B 474n (4-spurige Verlängerung der A 45 bis Datteln) zu verhindern.

Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

1. Sofortige Stellungnahme zu den Planungen aus Castrop-Rauxeler Sicht im Sinne der beigefügten Begründung.
2. Einspruch gegen die Ergebnisse des Linienbestimmungsverfahrens und der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) dazu.
3. Vorbereitung eines Widerspruchs / einer Klage der Stadt Castrop-Rauxel zu gegebener Zeit im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.
4. Zusammenarbeit und Unterstützung der Aktivitäten und ggf. der Klage des BUND.
5. Durchführung von Messungen zur Feststellung und Dokumentation der

Vorbelastungen im Stadtteil Ickern-End in den Bereichen

- Verkehr (derzeitige Verkehrsströme – Ist Zustand)
- Feinstaub (derzeitige Belastungen an mind. 3 Messpunkten)
- Lärm (derzeitige Belastungen Tag/Nacht an mind. 3 Messpunkten).

6. Erstellung von Prognosen zu den Mehrbelastungen, die durch den Bau der Straße in den oben aufgeführten Bereichen auf den Stadtteil und seine Bürgerinnen und Bürger zukommen würden.

Begründung:

Der Bau der B474n bedeutet für viele Menschen in Ickern eine massive Verschlechterung der Lebens- und Wohnqualität, und er zerstört und zerschneidet die vor der Tür liegenden Naherholungsgebiete, Biotope & Lebensräume für bedrohte Tierarten sowie historische Landschafts- und Siedlungsstrukturen. Nicht nur mit dem Bau der Straße, sondern auch durch die gigantische Hochspannungstrasse (Fällung von ca. 6 ha Wald) erfolgt ein erheblicher Eingriff in Landschaftsbild, Flora und Fauna. Zusammen mit den im Umkreis geplanten und den im Bau befindlichen Kohlekraftwerken, der den Ortsteil bereits jetzt zerschneidenden viel befahrenen BAB A2 und dem zu erwartenden erhöhten Verkehrsaufkommen werden massive zusätzliche Belastungen durch Lärm, Feinstäube und Schadstoffe auf die Bewohner des Ortsteils zukommen. Der Ortsteil würde quasi durch 2 stark befahrene Straßen „eingekesselt“, die ökologischen Funktionen der umgebenden Waldgebiete stark beeinträchtigt.

Nach den uns bisher bekannten Fakten würde der Bau der B474n nicht wahrnehmbar die Leveringhäuser Straße in Waltrop entlasten und hat nicht die Funktion einer Umgehungsstraße (Zitat Straßenbaubehörde NRW). Im Gegenteil: Die B474n bringt erheblich mehr LKW- und PKW-Verkehr auch in unseren Stadtteil Ickern, sie ist als eine 4-spurig geführte Autobahntrasse mit einer Anschlussstelle in der Nähe des Restaurants Sonnenhof (ca. 500 m Luftlinie von der Stadtgrenze Ickerns entfernt) bis Datteln ausgelegt und wird als „Umgehungsstraße“ verharmlost (kein signifikanter Entlastungseffekt), faktisch jedoch als Autobahn gebaut.

Nach den Umweltverträglichkeitsstudien im Linienbestimmungsverfahren gibt es keine ökologisch verträgliche Trasse, höchstens eine ökologisch weniger schädliche. Die nunmehr vorliegende Trassenvariante ist jedoch nicht nach ökologischen Gesichtspunkten optimiert (Vergleich UVS 1995/2007), sondern eine den Bedürfnissen der Stadt Waltrop angepasste Variante, die im Vergleich zu früheren Vorschlägen zwar weiter weg von der Waltroper Wohnbebauung verlaufen, andererseits jedoch wesentlich näher an die Castrop-Rauxeler (Ickerner) Wohnbebauung heranrücken soll. Außerdem führt die neue Trasse nicht mehr nur 200 m nach Westen zur Stadtgrenze, sondern ist jetzt mehr als doppelt so lang und führt mitten durch den Ickerner Wald.

Es gibt nach wie vor keine konfliktarme oder konfliktfreie Trassenführung - im Gegenteil, das Konfliktpotential ist enorm und die Auswirkungen auf die dort lebenden Menschen, unsere Umwelt und den Naturhaushalt sind extrem hoch und u.E. unverantwortbar.

Die B474n schafft Voraussetzungen z.B. für einen zweiten *e-on*-Kraftwerksblock in Datteln, die verkehrstechnische Erschließung weiterer Gewerbeflächen in ländlichen Gebieten (z.B. Olfen) und die Industrialisierung der Rieselfelder (New Park). Die geplante Industrialisierung der Rieselfelder gemäß vorliegenden Konzepten (Sonderwirtschaftszone, Ansiedlungen auf der „grünen Wiese“ etc.) steht dann in unmittelbarer Konkurrenz zu allen bereits zahlreich vorhandenen und verfügbaren Gewerbeflächen in unserer Region, teils auf aufwendig renaturierten Zechenbrachen. Das derzeit bestehende Flächenpotenzial der Region ist u.E. völlig ausreichend für ansiedlungswillige Unternehmen. Mit der konzipierten Industrialisierung der Rieselfelder besteht zukünftig die Gefahr des Abwanderns von Unternehmen aus Castrop-Rauxel und der Region hin zu den neuen Flächen, die mit Vermarktungskonzepten winken, die hohe Subventionen bei niedrigen Investitionskosten, Steuern und Abgaben versprechen.

Alle skizzierten, mit den Vorhaben verbunden negativen Auswirkungen für die Stadt Castrop-Rauxel, insbesondere den Ortsteil Ickern und die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger, müssen verhindert werden.

Der von Bund, Land und Kreis angestrebte regionale Konsens kann eigentlich nicht erreicht werden, wenn der Wille der Stadt Castrop-Rauxel völlig unbeachtet bleibt.

Die Haltung und die Beschlüsse des Rates der Stadt sind bisher den zuständigen Stellen nicht in ausreichender Weise kommuniziert worden. Die mit der Planung befassten Stellen haben diese auf jeden Fall bisher nicht beachtet bzw. gewürdigt.

Der bestehende Ratsbeschluss vom 18.09.1997 (mehrheitliche Ablehnung des Baus der B 474n auf Castrop-Rauxeler Stadtgebiet) und die mehrheitlich (von SPD und CDU) beschlossene Resolution zum Bau der B 474n vom 28.09.2000 qualifizieren die Meinung des Rates der Stadt für beteiligte Dritte als nicht einheitlich bzw. eindeutig. Dieses „Manko“ soll auch mit dem Beschlussvorschlag und dem Auftrag an die Verwaltung behoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Postel
(Fraktionsvorsitzender)